

Nutzlose Bürgerbeteiligung

TIMOT SZENT-IVANYI



Bürger können sich demnächst zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplans äußern. Doch die vermeintliche Beteiligung ist eine Farce. Denn ein Großteil der Finanzmittel ist bereits verteilt.

Die Idee ist im Grunde nicht schlecht: In diesem Herbst kann sich jeder Bürger schriftlich oder online zum ersten Entwurf des Bundesverkehrswegeplans äußern und sich somit als Verkehrsplaner betätigen. Der Bundesverkehrswegeplan legt die von der Bundesregierung avisierten Neu- und Ausbauprojekte für die nächsten 15 Jahre fest, also für den Zeitraum von 2015 bis 2030. Ob allerdings die Mühe lohnt, sich mit dem Entwurf zu beschäftigen, ist sehr fraglich. Denn nach Recherchen der Grünen sind die für Neu- und Ausbauten zur Verfügung stehenden Finanzmittel für die nächsten acht bis neun Jahre schon längst verplant – ganz ohne neuen Verkehrswegeplan.

Eigentlich sieht die Konzeption des Bundesverkehrswegeplans vor, dass alle Projekte, die zum Beispiel von den Bundesländern vorgeschlagen werden, auf ihren Bedarf hin überprüft werden. Das gilt auch für Vorhaben, die bereits im alten Verkehrswegeplan standen, aber nicht realisiert wurden. Das macht auch Sinn, schließlich könnte sich der Bedarf aufgrund aktueller Verkehrsprognosen inzwischen geändert haben.

Aus der Antwort von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) auf eine kleine Anfrage der Grünen geht jedoch hervor, dass das Ministerium bereits noch nicht begonnene Projekte in einem Umfang von 5,3 Milliarden Euro als gesetzt ansieht. Sie sollen also ungeprüft in den neuen Plan übernommen

werden. Dabei handelt es sich zum Beispiel um den 17. Bauabschnitt der Autobahn 100 in Berlin (Treptower Park bis Frankfurter Allee) oder den Weiterbau der Autobahn 44 von Kassel in Richtung Eisenach.

Berücksichtigt man nun noch die bereits begonnenen Projekte aus dem Straßenbauplan des laufenden Haushalts, die ja schließlich zu Ende geführt werden müssen, dann ergibt sich nach Berechnungen der Grünen ein weiterer Finanzbedarf von rund 3,4 Milliarden Euro. Zusammen gerechnet sind also längst 8,7 Milliarden Euro fest verplant. Da im Bundeshaushalt derzeit pro Jahr etwa ei-

ne Milliarde Euro für Straßenneu- und Ausbauten zur Verfügung stehen, sind damit die Mittel schon für knapp neun Jahre gebunden. Das sind etwa zwei Drittel der 15-jährigen Laufzeit des neuen Bundesverkehrswegeplanes.

Die Grünen-Verkehrsexpertin Valerie Wilms hält das Ganze daher für eine Farce. Am Ende sei der Bundesverkehrswegeplan nicht viel mehr als ein Förderprogramm für Planungsbüros, kritisiert die Bundestagsabgeordnete: „Dobrindt betreibt einen riesigen Aufwand, setzt einen ganzen Verwaltungsapparat in Bewegung und inszeniert eine Bürgerbeteiligungs-Show, aber am Ende hat das alles nahezu keine Auswirkungen, weil eine gewaltige Lücke zwischen Ankündigung und Realität klafft.“

Tatsächlich muss die Frage gestellt werden, welche Luftschlösser hier angesichts der knappen Finanzmittel gebaut werden. Schon eine Analyse des alten Plans (2001 bis 2013) ergab, dass nur ein Drittel der eigentlich geplanten Bundesstraßen gebaut werden konnte. Hinzu kommt das Fehlen einer klaren Prioritätensetzung. Das ermöglicht es dem Bundesverkehrsminister immer wieder, eigentlich nicht so wichtige Projekte nach politischem Gutdünken nach vorn zu schieben.

So schön die Möglichkeit zur Beteiligung für Bürger eigentlich ist: Vielleicht sollten sie ihre Zeit besser nutzen als mit der Studie des Bundesverkehrswegeplans.